

Sonn-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Geschäfts-Verwaltung übernimmt sämtliche Redaktionen und Druckarbeiten. Die Druckerei befindet sich in Halle an der Straße nach der Post bei der Post-Zentrale monatlich III. 10.00, in den Restmonaten monatlich III. 8.75 monatlich. Die Druckerei befindet sich in Halle an der Straße nach der Post bei der Post-Zentrale monatlich III. 1.00, in den Restmonaten monatlich III. 1.00. Restmonats die Druckerei befindet sich in Halle an der Straße nach der Post bei der Post-Zentrale monatlich III. 4.00 im Oktober und III. 5.00 im November. Restmonats die Druckerei befindet sich in Halle an der Straße nach der Post bei der Post-Zentrale monatlich III. 4.00 im Oktober und III. 5.00 im November.

Verlags-Verwaltung: Halle a. S., Dammstraße 11 und Große Deubenstraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Dammstraße 11 und Große Deubenstraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Dammstraße 11 und Große Deubenstraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Dammstraße 11 und Große Deubenstraße 17.

Das englisch-französische Tauschgeschäft.

Lloyd Georges Nachgiebigkeit. — Poincaré vorläufig Sieger.

Lloyd George über Boulogne.

Lloyd George erklärte in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter Reuters nach seiner Rückkehr, Poincaré und er selbst befinden sich in vollkommenster Übereinstimmung, jedoch er fernsteht weitere Zusammenkunft mit Poincaré vor Beginn der Genuaer Konferenz erwarte. Zweifellos seien alle Schwierigkeiten durch die lange freimütige Aussprache beseitigt. Die Erörterung geht in der Hauptsache der Konferenz von Genua. In der Aussprache über die Fragen, die dort behandelt werden sollten, wurde eine vollständige Einigung erzielt. Die Frage, ob Rußland anerkannt werden sollte, hänge allein von Rußland selbst und seiner Haltung in Genua ab.

Wie die Wäuter mitteilen, erklärte Lloyd George in einer weiteren Unterredung, die Entente sei für die Verhandlungen in Genua bereit, die Verhandlungen für den Wiederanfang Europas arbeiten. Die Tatsache, daß Rußland die Einladung zur Konferenz in Genua angenommen habe, beweise an sich keineswegs die Anerkennung der Sowjetregierung; alles hänge vielmehr lediglich von den Sicherheiten und Bürgschaften ab, die Rußland in Genua geben könne. Wenn diese befriedigend ausfielen, würde die Anerkennung der Sowjetregierung folgen, die nicht ohne weiteres möglich sei. Lloyd George sagte, er werde unter keinen Umständen auf die Anerkennung der Sowjetregierung dringen, wenn die in Genua gegebenen Bürgschaften nicht befriedigend seien. Frankreich und England befinden sich in dieser Frage in Übereinstimmung.

Ueber die Angarotfrage befragt, erklärte Lloyd George, man könne diese Frage nicht berühren, da noch keine italienische Regierung vorhanden war. Der Angarotvertrag sei eine Frage, die von den drei Ministern des Lausener Frankreichs, Italiens und Großbritanniens erwogen werden müsse. Lloyd George fügte hinzu, er und Poincaré würden den französisch-englischen Punkt erörtern; man habe die Frage jedoch nicht viel Zeit zugewandt, da man eine wichtigere Frage, die Konferenz von Genua, erörtern mußte. Er erwarte jedoch fernsteht Schwierigkeiten bezüglich der Verhandlungen des französischen Votums.

Befriedigung in der französischen Presse.

André Tardieu sagt im Echo National: Das Kommissariat gestattet den Gedanken, daß die französische Regierung, was die Konferenz von Genua betrifft, negative Sicherheiten erhielt, worauf sie sehr großen Wert lege. Die zunächst zu fordernde Hauptanfrage betreffe den Respekt vor den Verträgen und die Aufrechterhaltung der Reparationsklausel. Das sei ein anerkanntes Ergebnis, aber nur ein negatives, denn es sei notwendig zu wissen, wann in der Reparationsfrage die nächste Entscheidung getroffen werde. Darüber aber sei das Kommissariat von Boulogne stumm.

Das Gemeinheitsblatt Le Peuple vertritt den Standpunkt, daß Poincaré seit der Veröffentlichung seiner Artikel in der Revue des deux Mondes viele Fortschritte machte. Er sei so weit gelangt, zu begreifen, daß die Interessen Frankreichs nicht allein von der Sanctionspolitik abhängen und gebe zu, daß die Erfüllung der berechtigten Forderungen Frankreichs von dem Gelingen der anderen Länder abhängig sei. Es frage sich, was die Leute vom nationalen Elend davon wüßten.

Meinungsaussagen der englischen Presse.

London, 27. Februar. Daily Herald veröffentlicht unter der Überschrift: Poincaré triumphiert in Boulogne. Lloyd George gibt auf der ganzen Linie nach, Ausführungen seines Pariser Berichterstatters in denen es heißt: Die Beteiligung Lloyd Georges an der Boulogner Unterredung befand in nichts anderem als in einer achtungsvollen Reihe von Anekdotalen, Kompromissen und Nachgiebigkeiten. Kein Wunder, daß die französische Presse befriedigt ist, kein Wunder, daß Poincaré erklärte, er sei vollkommen zufrieden.

In einem Leitartikel schreibt Daily Herald, Poincaré erreichte alles, was er wünschte, er sicherte den Mißerfolg der Konferenz von Genua. Lloyd George gab alles weg, ohne es selbst zu merken.

Die Times schreibt: Der Ton der französischen Presse zeige, wie sehr die Unterredung in Boulogne dazu beigetragen habe, die Ungewissheit und den Verdacht, der sich Camille über den französischen und englischen Beziehungen löschte, zu beseitigen. Poincaré habe bewiesen, daß er ebensoviele verbindlich wie andere französische Staatsmänner sei und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands ebensoviele begreife.

Daily Chronicle sagt: Je früher Rußland anerkannt werde, umso besser sei es für die augenblicklichen und zukünftigen Fragen. Die andere Frage, die ebenso wie die russische, eine Voraussetzung für die Berufung in Europa bildet, sei die Frage der Abrüstung.

Morning Post führt aus: Die Mitteilung, daß Großbritannien und Frankreich entschlossen seien, Schritte zu tun, um jede Einmischung der Genuaer Konferenz in die Friedensverträge und in die Reparationsfragen zu verhindern, werde hauptsächlich die Schritte in Berlin, München und anderswo abtun.

Weltmeister Gazette schreibt, man habe keinen besonderen Grund anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit der offizielle Bericht mehr erhalte als bei früheren Gelegenheiten. Zweifellos sei eine Art von Tauschhandel zustande gekommen. Im Laufe der nächsten Tage werde man vielleicht etwas Näheres über die Natur des Tauschhandels erfahren. Es sei jedoch zu viel verlangt, dem Publikum anzudeuten, es solle glauben, daß völlige Übereinstimmung bezüglich irgendeines der Hauptprobleme, die zwischen England und Frankreich schwebten, erzielt worden sei. Es könne sein, daß Lloyd George, der zum ersten Male seit dem Frieden einen aussergewöhnlichen Staatsmann im gegenüberstand, daß er mit der Aussicht auf eine Wiedervereinigung der Welt noch heute kommen können, sich etwas nachgiebiger gezeigt habe als gewöhnlich. Eines habe er erreicht, nämlich die endgültige Zustimmung, daß Frankreich die Konferenz von Genua nicht zum Scheitern bringen werde. Aber damit sei er, wie seine Freunde sagten, des Hauptspielfelds beraubt, auf den er einen etwaigen Appell an das Land hätte führen können. Was er jedoch für die Zustimmung befaßt habe, könne man nur erraten. Die ganze Welt wisse, daß Poincaré sehr verschiedene Ansichten über die Bedingungen des französisch-englischen Paktes habe und daß diese Ansichten unter seinen Umständen mit den Wünschen Englands und des Völkerbundes vereinbar seien.

Eine Kritik nach der Uhr.

Die Berliner Monatspost gibt statt eines Artikels über Boulogne die folgende „Berechnung“:

Es standen für die Beratung 3 Stunden und 20 Minuten zur Verfügung. Da alles, was Poincaré sagte, in das Englische, und was Lloyd George sagte, ins Französische überetzt werden mußte, so schrumpfte dieser Zeitraum auf die Hälfte, auf 1 Stunde 40 Minuten zusammen. In diesen 100 Minuten wurden nach dem ausgegebenen Bericht mindestens acht wichtige Fragen besprochen. Es blieben also für die Beratung jeder der Fragen 12½ Minuten. Nimmt man an, daß jeder der beiden Staatsmänner zur Entwicklung seines Standpunktes bloß 5 Minuten gebraucht hat, so bleibt für die „freundliche“ Einigung in jeder dieser Fragen, in der grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Lloyd George und Poincaré bestanden, ein Zeitraum von 2½ Minuten oder genau so viel, wie der wohlgebante und aufrechte Mann gebraucht, um nach wenigen Schwankungen der Länge nach hinalaufen.

Diese Kritik besagt allerdings mehr als lange Verhandlungen.

Die deutsche Industrie gegen weitere Eisenbahntarifserhöhungen.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie befaßte sich mit dem zum 1. März d. J. wiederum um 20 Prozent erhöhten Gütertarif der Reichsbahn. Es wurde in der Sitzung darauf hingewiesen, daß die allgemeinen Tariftsätze jetzt schon, namentlich für nahe Entfernungen, das 35- bis 40fache der Kriegszeit betragen. Überdies seien mit den Ausnahmestufen der Kriegszeit sei die Steigerung noch weit höher. Sie betrage zum Beispiel für Rohbaumolle im Verkehr mit den Seehäfen nach den mittel- und südbayerischen Spinnereien das 60- bis 80fache der Kriegszeit, für andere Rohstoffe ebenfalls oder noch mehr.

Die Geldtarife haben nach Ansicht des Reichsverbandes jetzt schon die Geldentwertung weit überholt und sind zu einem gefährlichen Antriebe für weitere Geldentwertung geworden. Sie verteuern als Rohstoffe und allen Verkehr, führen mannsweise weitere Lohnsteigerungen herbei, die nach den statistischen Erfahrungen von der Eisenbahnerverwaltung selbst wieder zur Begründung weiterer Preiserhöhungen verwendet werden. Der Reichsverband der Deutschen Industrie warnt vor weiteren Schritten auf diesem gefährlichen Wege, erhebt Protest gegen die zum 1. März geplante weitere Tarifierhöhung und fordert erneut von der Eisenbahnerverwaltung, daß sie ihr Delikat durch wirtschaftliche Gestaltung des Betriebes beseitigt, statt durch fortgesetzte Tarifierhöhungen den Verkehr zu lähmen, die Geldentwertung zu verschärfen und mit der Steigerung aller Preise und Löhne ihr Delikat nur zu verschärfen.

Die Probleme der Schuldfrage.

So gewaltig bereits das Material zur Lösung der Schuldfrage angewachsen ist und so vielgestaltig die Strömungen sind, durch die die Bewegung in Fuß gehalten wird, so läßt sich doch nicht bestritten, daß eine wirkliche Tat zur Klärung der Frage erst dann geleistet werden kann, wenn es gelingt, die Ausgangsbasis der Bewegung zu vergrößern. Fast alle Versuche, die bisher zur Lösung der Schuldfrage unternommen worden sind, gehen von der ersten Prämissenfrage aus: Was ist Wahrheit? Und im bestenfalls bahnbahnischen Charakter ist subjektive Antwort. Für die Mehrzahl derjenigen, die an der Lösung der Schuldfrage mitarbeiten, gliedert sich das Problem in das eigentliche Zentrum der Schuldfrage, das etwa dem Abkündigen von der österreichischen Kriegserklärung an Serbien bis zum Ausbruch des Weltkrieges umfaßt und in einzelne Teile, wenn nicht Unterabteilungen, die etwas allgemein zusammengefaßt auf die Vorgeschichte des Krieges seit dem Jahre 1871 aufgeteilt werden.

Es ist klar, daß eine solche schematische Aufklärung, so klar sie scheinbar auch die Materie ordnet, doch auf die Dauer eine wirkliche zurechtfindende Ueberbrückung über die Probleme nicht gestattet. Die Fragestellung ist falsch. Nicht darum handelt es sich: Was ist Wahrheit?, sondern darum: Wo beginnt die Schuld, über die die Wahrheit verbreitet werden soll? In überaus eindringlicher Weise hat zum ersten Male, seitdem die Schuldfrage zur Diskussion steht, der Direktor der historischen Publikationen des holländischen Staates Dr. A. Japfite im „Nieuwe Courant“ vom 22. und 30. Dezember v. J. die Begründung dieser Fragestellung formuliert. Japfite gliedert das Problem in folgende drei Teilschritte: 1. Charakterisierung der politischen Verhältnisse im Juli 1914 vor dem Attentat von Sarajewo. 2. Charakterisierung der Politik der am Kriege beteiligten Mächte von der Worttat bis zum Kriegsausbruch unter geistigstem Hinweis darauf, wie die Politik der einen Mächte die der anderen beeinflusst hat, besonders auch im Zusammenhang mit den bestehenden Verträgen und Ententen. 3. Die Entwicklung dieser Politik während des Krieges.

Man erkennt aus dieser Anordnung des Stoffes bereits, daß Japfite Wert darauf legt, den gesamten Stoff zu erfassen. Die bisherigen Versuche stützten sich überwiegend auf die politischen Verhältnisse und begnügten sich damit, die wirtschaftlichen Angelegenheiten zu streifen, sofern sie nicht in gewaltsamer Vereinfachung die wirtschaftliche Realitätquelle überhaupt als Hauptphase des Konflikts annahm, ohne der die politischen Gegenstände sich abzeichneten. Würde es gelingen, das von Japfite aufgestellte System zur internationalen Anerkennung zu bringen, so würden in einem garnicht weitgekommenen Rahmen alle Kräfte, die irgend wie zur Klärung des Konflikts lobten und zur Verklärung der Gegenseite beigetragen haben, erfüllt.

Wie weit reichelt eine Unterredung sich gestreckt, wenn sie nach diesem System durchgeführt wird, wie groß aber andererseits ihre Erfolge sein würden, erkennt man bereits, wenn man mit wenigen Worten nur auf das verschickte Material, dessen Unterredung Japfite verlangt, hinweist. Sieht man von dem einen großen Komplex, der in jedes System einzufließen ist, ab, dem englisch-deutschen Gegensatz, so bleiben Unterredungen der wirtschaftlichen Verhältnisse übrig, das Studium des Pressewesens mit den Unterfragen, inwieweit Frankreich durch den Unterricht in den Schulen seine Kennenlehre fördern will, ferner inwieweit die Republik des deutschen Unterrichts die Ausbeutung der alldeutschen Strömungen begünstigt und endlich die großen kulturpolitischen Probleme, die im Panislamismus ihre hervorragendsten Vertreter gefaßt hatten. Aus diesen Forschungen heraus will Japfite das Bild der Weltlage vom Juli 1914 konstruieren und von dieser Basis aus die Unterredung in der Hauptsache auf die Beantwortung folgender Fragen einleiten: Wäre der Ausbruch des Krieges zu vermeiden gewesen, wenn eine der Großmächte im Juni und Juli 1914 eine andere Politik geführt hätte? Wäre eine andere Politik für eine dieser Mächte mit Rücksicht auf die auf dem Spiele stehenden Interessen und die bereits eingegangenen Verpflichtungen zu verantworten gewesen? Hatte eine der Mächte das Bewußtsein, daß sie wohl anders handeln könnte, unterließ sie das aber in der Ermägung, daß ein Krieg für sie vielleicht vorteilhafter sein könnte? Es blüht als letztes die Unterredung der Frage, inwiefern die Politik der verschiedenen Mächte während des Krieges wieder unter Berücksichtigung des Einflusses der militärischen Nachhaken, auf die Kriegssiege oder vor dem Kriege ein Bild wirkt, bzw. ganz allgemein auf die damals geführte Politik. Soweit man von Japfite aufgestellte System, das zum ersten Male tiefgehend an die verwiderten Probleme herangeht, Vorbedingung für die Klärung dieses Systems ist freilich, wie es auch Japfite selbst fordert, daß die Entente ihre Archive öffnete. Bis-

